



ten. Es wird dann noch der Arbeiterbewegung von anderer Seite vorgeworfen, daß sie zu wenig Intelligenzen hervorbringe, die die Wirtschaftsbelange genügend berücksichtigen. Wir müssen darauf erwidern, daß die andern Wirtschaftskreise nach unserer Auffassung in dieser Beziehung erst recht versagten. Das sagen die vielfach verschlehten Ausbauten wirtschaftlicher Werte und Organisationen. — Vielleicht gelingt es doch noch bald, in den Wirtschaftsfragen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberern auch außerhalb der Tarifgemeinschaften gangbare Wege zur Besserung unserer Wirtschaft zu finden. Gott sei Dank dämmert es auch bereits in Arbeitgeberkreisen, daß es mit dem Kampf gegen die Gewerkschaften nicht getan ist. — Wir wissen wohl, daß die kommenden Belastungen alle Schichten der Bevölkerung schwer treffen werden und daß es mit den Agitationsreden der Sozialdemokratie nicht getan ist. Aber es ist Aufgabe der Gewerkschaften, ihre ganze Kraft auszuwerten, daß die stärkste Belastung nicht den schon am stärksten belasteten Schichten überbürdet werden.

Die Sozialpolitik der vergangenen Zeit wird vielfach ganz falsch beurteilt und kritisiert. Die Mängel der Arbeitszeitverordnung sind nicht Schuld des Reichsarbeitsministeriums. Vielmehr Schuld daran trägt die zögernde Haltung der Sozialdemokratie zu einer Zeit, als die Regelung der Arbeitszeit durch Gesetz noch in für die Arbeiterschaft erträglicher Weise erfolgen konnte. Ich erinnere daran, daß bereits am 17. Januar 1921 der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einen Gesetzentwurf über Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorlegte. Damals sah aber die Sozialdemokratie noch mit an verantwortungsvoller Stelle. Aber die Sozialdemokratie versteht es vorzüglich, das Agitationsmoment gegen mißliche Zustände dann in die Massen zu tragen, wenn sie selbst nicht mehr an verantwortungsvoller Stelle steht, die die notwendigen, evtl. harten Maßnahmen zu beschließen hat. Das ist Ausnützung der Not der Massen für Agitationszwecke. In der Arbeitszeitfrage ist es das Verdienst der christlichen Arbeiterbewegung, daß der Erlass der Arbeitszeitverordnung überhaupt erfolgte und damit dem stärksten Ansturm scharfmacherischer Arbeitgeberkreise gegen eine staatliche Einflussnahme auf die Regelung der Arbeitszeit abgeblasen werden konnte! Im übrigen soll sich die Sozialdemokratie doch auch mal bestimmen auf diesbezügliche geküßelte Anschauungen prominenter Führer in ihren Reihen! Es ist der Sinn der Arbeitszeitverordnung und sollte überall das Bestreben der praktischen Tarifvertragspolitik sein, im freiwilligen Verträge die Arbeitszeitregelung vorzunehmen. Auch dabei darf die Wechselbeziehung von Arbeitszeit- und Lohnregelung nicht unbeachtet bleiben. Gegen die Bestrebungen des Unternehmertums, die Sozialpolitik des staatlichen Schutzes zu entkleiden, wenden wir uns. Der Einfluß des Staates ist auch nach unserer weltanschaulichen Auffassung notwendig!

Auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung harren noch eine Reihe Aufgaben der Erledigung. Die Neuordnung unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens macht sie notwendig. Die Frage des Tarifrechts ist noch nicht gelöst. Ein Gesetzentwurf ist fertig-

gestellt. Die endgültige Regelung der Erwerbslosensfürsorge auf dem Wege der Berufshilfe muß erfolgen. Die bisher niedrigen Sätze der Unterstützung sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Bei der bestehenden Verordnung wurde eine einheitliche Beitragsleistung von 3 Prozent gewünscht; die Gemeinden haben das teilweise abgeändert. Wir bedauern, daß diese und die übrigen zuständigen Stellen die Bildung von sogenannten Gefahrenzonen verhindert haben. Ein diesbezüglicher Antrag des D. G. B. wurde abgelehnt. Im übrigen war der Einfluß des D. G. B. auf diese Dinge von großer Bedeutung. Ich erinnere an die Frage der Auszahlung der erhöhten Unterstützungssätze in den letzten Wochen, in der der Artikel des „Deutschen“ die Angelegenheit beschleunigt hat. Wir haben in Preußen die Ueberwachung und Kontrolle durch die Oberpräsidenten verlangt. Das ist vom sozialdemokratischen Minister Severin abgelehnt worden. Die Erwerbslosensversicherung muß kommen, weil die Länder die Lasten nicht mehr lange tragen können. Dabei muß die Frage der Kurzarbeit mit erledigt werden. In letzterer Frage konnten wir uns in der Vergangenheit mit unseren Wünschen nicht durchsetzen, weil die Kurzarbeiterunterstützung bisher auf Arbeitgeberseite nicht immer nur im beabsichtigtem Sinne angewandt wurde.

Auch in der Frage des Wiederaufbaues unserer Sozialversicherung wird den Notwendigkeiten Rechnung zu tragen sein. Die angesammelten Vermögen aus 30 Jahren des Bestehens sind der Inflation zum Opfer gefallen. Auch die Entwicklung, vor allem im Krankenwesen, erfolgte nicht in unserem Sinne. Hier hat der Deutsche Gewerkschaftsbund neue Wege ins Auge gefaßt. Die vorhandenen Tendenzen, alle Versicherungsarten zu einer einheitlichen Stelle zusammen zu ziehen, erscheint uns unbegreiflich. Angesichts der großen wirtschaftlichen Belastung in der Zukunft wird man danach trachten müssen, die Belastung auch auf diesem Gebiete so erträglich zu gestalten, wie nur möglich, ohne den Zweck und das Aufgabengebiet der sozialen Versicherung zu gefährden. Der berufsständische Aufbau des Krankenwesens ist nach unserer Meinung hierzu geeignet. Die gesetzlichen Möglichkeiten hierzu müssen geschaffen werden.

Betriebsräte- und Arbeitsnachweisgesetz sind geschaffen. Wenn auch nicht ohne Mängel, so sind ihre Vorteile zum wesentlichen erst durch die tätige Mitarbeit ermöglicht worden. Nun heißt es, diesen Institutionen durch die Mitarbeit unserer Gewerkschaften Lebensfähigkeit zu geben. Die Auswirkung des Betriebsrätegesetzes ist heute nicht mehr so, wie wir es wünschen, und zwar zum großen Teil deshalb, weil der sozialdemokratische Teil der Arbeiterschaft es nicht sachgemäß auszuwerten und anzuwenden verstand.

Wichtig ist die Stellung der öffentlichen Meinung zu den sozialen Tagesfragen. Wir begrüßen die Stellungnahme der kirchlichen Behörden beider Konfessionen zu denselben. Sie haben in weiten Kreisen, auch des Unternehmertums, aufstützend und klärend gewirkt! Sie sind oft wertvoller, wie manche Majoritätsbeschlüsse öffentlicher Körperschaften. Mächtig es unter dieser Stimmung auch gelingen, zu einem besseren Einvernehmen der verschiedenen Wirtschaftsschichten zu kommen. Die Ar-

beitsgemeinschaften werden von uns immer noch als geeignete Mittel notwendiger Berufshilfen angesehen, wenn auch auf Arbeitgeberseite der ehrliche Wille zur Gemeinschaftsarbeit vorhanden ist!

Das große Problem der Selbstbeteiligung ist noch nicht gelöst. Die soziale Frage insgesamt wird wesentlich durch dieses Problem beeinflusst. Wir müssen zu ihrer Lösung durch von uns organisierte Sparpolitik beitragen. Die Bestrebungen der sogenannten gelben Gewerkschaften lehnen wir ab. Werksgemeinschaften, Werkstarife usw. erachten wir nicht als geeignete Mittel zur Ueberbrückung der Klassenengegänge. Andererseits sind wir bereit, mit dem Unternehmertum nicht nur über Fragen der Lohn- und Arbeitszeitregelung, sondern auch über alle die gesamte Wirtschaft berührenden Fragen zu verhandeln: Beteiligung und Mitwirkung der Arbeiterschaft, Stellung der Betriebsräte usw. Wir wollen trotz aller Kollage mitwirken, den Arbeiter wieder mit im Mittelpunkt des Interesses zu stellen, aber vermeiden, daß gute Gedanken durch ewiges Wiederholen ohne Taten zu Tode geritten werden.

Das Ziel der Gewerkschaften muß sein, eine ruhige und sichere Aufwärtsentwicklung zu fördern. Von diesem Gedanken liegen wir uns bisher leiten. Das wird heute zum Teil schon in sozialdemokratischen Reihen, und ganz besonders in andern Gesellschaftsklassen, erkannt. Es kam auch besonders zum Ausdruck in der Anerkennung, die das Gutachten des D. G. B. zur Aufwertungsfrage erst in den letzten Tagen in maßgebenden Kreisen fand. Das Gutachten fand auch ausdrückliche Anerkennung aus sozialdemokratischen Reihen. Eine vernünftige Tarifvertragspolitik, so wie ich sie hier bei ihrer Tagung auch beurteilen hörte, und eine gesunde Wirtschaftsauffassung und danach handeln, sichern uns besser den Bestand unserer Gewerkschaften als Klassenkämpferisch und heftige Agitation! Wollen auch Sie in Ihrem Beruf wirken und wollen Sie Ihr ganzes Wirken auf eine solche Arbeit einstellen, dann brauchen Sie niemals um den Bestand des Verbandes fürchten. Das um so weniger, als sich auch die sittlichen und gesellschaftlichen Ideale unserer Bewegung bisher noch stets als die richtigen erwiesen haben.

## Uniformlieferungs-Schneiderei.

Das Oberchiedsgericht der Uniform-Lieferungsschneiderei hat in seiner heutigen Sitzung folgende Entscheidungen getroffen:

### 1. Schiedsprüche:

1. Streitfall Kiel: (Antrag des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes.)

Kiel gehört in Lohngruppe II, wofür ab 9. Juni 1924 62 Pfg. zu zahlen sind.

Die Differenz in dem Lohn ist nachzuzahlen ab 9. Juni d. J.

Begründung. Der Lohn von 62 Pfg. ist zu zahlen entsprechend dem Schiedspruch vom 26. Mai 1924, wonach von der Lohnwoche ab in die Montag, der 9. Juni fällt, für Kiel 62 Pfg. zu zahlen sind.

2. In Verfolg eines weiteren Streitfalles Kiel findet eine Änderung des Pos. 229 wie folgt statt:

Pos. 229 des Tarifs erhält folgende Fassung: „Der Tarif unterstellt die Verarbeitung sämtlicher Stücke mit Maschinennapfmaschinen. In allen Werkstatt- und Fabrikbetrieben, in denen der Arbeitgeber eine Knopfmaschine nicht zur Verfügung stellt, hat Handknopfmäher zu bezahlen.“



12. August zum September 1924. Ein von ihnen den Arbeitnehmern überliefert neuer Stücklohnstarf sieht eine gewollte Herabsetzung und Reduzierung des alten Stücklohnstarfes vor.

Ueber diesen Stücklohnstarfentwurf fand nun am 6. d. M. eine Verhandlung statt. Hierbei trat der rücksichtliche Wille der Fabrikanten in Erscheinung. Sie erklärten: „1. Wir lehnen es grundsätzlich ab, in Zukunft den Meistern noch irgendeinen Zuschlag zu gewähren. Wir wollen zurück zur Friedensgemäßigkeit der freien Vereinbarung. 2. Mit den Arbeitnehmern sind wir gewillt, einen neuen Tarif zu schließen auf der Basis des ihnen von uns überreichten Stücklohnstarfentwurfs. Wir werden uns verpflichten, den Lohn für die letzte Hand (Heimarbeiterin) zu garantieren durch die schärfste Anwendung des § 14 unseres Tarifvertrages, solche Meister unter keinen Umständen mehr zu beschäftigen, die nicht Tariflöhne zahlen. Die Arbeitnehmer sollen dann einen eigenen Tarif mit den Meistern abschließen.“

Wie die Durchführung des Sicherheitsparagraphen gehandhabt werden würde, haben wir den Fabrikanten dargelegt. Darüber hatten wir genügend Beispiele des letzten Jahres zur Verfügung. Was nützt uns auch der Sicherheitsparagraph, wenn sich der Arbeiterin gegenüber beide Arbeitgeber bemüht fühlen, zu wechsellern im größten Lohnbruch. Den Fabrikanten müßte diese heuchlerische Maske ganz energisch heruntergerissen werden, denn in hunderten von Fällen zwingen sie die Meister, zu jedem auch noch so niedrigen Preise die Arbeit mitzunehmen. Andererseits unterbieten sich die Meister nach dem verlorenen Siegel, weil auch dort die unorganisierte Masse so groß geworden ist. Daß die Meister einen Tarifvertrag mit den Arbeitnehmern so lange nicht schließen, wie ihnen kein Meisterzuschlag garantiert wird, war uns klar. Dies bestätigten auch alle anwesenden Meistervertreter.

Durch die Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse ist es den Fabrikanten nach ihrer Auffassung möglich, ihrer Arbeiterkraft alles zu bieten. In Schwelche ihres Ansehens sollen die Arbeitnehmer den Fabrikanten ein glänzendes Dasein verschaffen. Es sei nur an den Automobilluxus der Fabrikanten erinnert.

Die Arbeitnehmer befinden sich naturgemäß in einer scharfen Abwehrstellung. Ob dieser Tarif- und Lohnkampf mit einer Behauptung des jetzt bestehenden Tarifes enden wird, liegt an den Branchenangehörigen selber. Sie können den Tarif nur dann sichern, wenn ihnen die Stärkung der Organisation am Herzen liegt. Aber auch hier liegen die Verhältnisse stark zerrüttet. So ganz besonders in Berlin, wo der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft in der Bekleidungsindustrie gespalten ist. Dadurch wird die Schlagkraft der Organisationen naturgemäß gehindert. Dies wissen auch die Fabrikanten. Daher auch ihr harter Machtpunkt. Daß hierin unentwegt Wandel geschaffen wird, ist die Aufgabe unserer Mitgliedschaft. Die paar Wochen bis zum Ablauf des Tarifes müssen unbedingt ausgenützt werden, die mühsamsten und verzögernden Verhandlungen und Kollegen wieder zur gewerkschaftlichen Arbeit zu bringen. Nicht die Führer sind die Organisation, sondern die Mitglieder selbst.

Will sich die zahlreiche Arbeiterschaft in der Damen-Konfektion dem Diktat der Unternehmer fügen? — Wir sagen nein! Es darf nicht sein. Darum rufen wir unseren Mitgliedern der Branche zu: Seid auf der Hut und klärt die Unorganisierten auf! Klar in unseren Verband zur Tat der positiven Mitarbeit! Wir wollen heute auf die öffentliche Versammlung des Reichsverbandes hin, die für die Branche am Dienstag, den 16. September, abends 6.30 Uhr, im Petrushaus, Neue-Grünstr. 19 (Großer Saal) stattfindet. Thema: Wie kommen wir wieder zu geregelten und gesicherten Löhnen in der Damen-Konfektion?

## Endlich auch in Berlin kein Steuerabzug vom Heimarbeiterzuschlag mehr.

Nachdem schon vor längerer Zeit die Finanzämter anderer Städte den Steuerabzug vom Heimarbeiterzuschlag als nicht berechtigt anerkannten, hat nun endlich auch das Landesfinanzamt Berlin einen derartigen Erlaß herausgegeben. Wir sehen hieraus, daß die Bemühungen unseres Kollegen E. Hartwig im Steuerausshuß, den wir mehrfach deshalb interpellierten, nicht ohne Erfolg blieben. Die Antwort des Landesfinanzamt Berlin auf diese Beschwerden, hat folgenden Wortlaut: Landesfinanzamt Groß-Berlin, Abtlg. f. Beitr. u. Verbrahrf. Taxeb. Nr. 1, C. 20 547/1924.

Berlin, den 23. Juli 1924. Ich bin damit einverstanden, daß der Heimarbeiterzuschlag von vornherein bei der Berechnung des einzubehaltenden Steuerbetrages außer Ansatz bleibt, wenn dieser nur in einer solchen Höhe veräußert wird, daß die Veräußerung unzweifelhaft nur zur Deckung harter Ausgaben ausreichen kann.

J. W.: Ges. Vogel. Hieraus ergibt sich, daß die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen aller Branchen unseres Bekleidungsgebietes, im Groß-Berliner Bezirk, sich keinen Steuerabzug vom Heimarbeiterzuschlag mehr gefallen zu lassen brauchen. Sollten Arbeitgeber nach wie vor den Steuerabzug vornehmen, wolke man sie auf die Verfügung des Landesfinanzamt Berlin aufmerksam machen.

Gleichzeitig geben wir unsern Berliner Mitgliedern zur Kenntnis, daß als Vertrauensmann für die Deutsche Volksversicherung (Gener.-Einbruch- und Lebensversicherung) unter Kollege Paul Schmiade, Wohnhaft Charlottenburg, Frederikstr. 32, tätig ist. Wir bitten unsere Mitglieder, sich bei Versicherungsangelegenheiten an diesen Kollegen zu wenden und Angebote anderer Agenten zurückzuweisen.

## Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Zählt pünktlich eure Beiträge! Es liegt in eurem eigenen Interesse. Eure Beiträge sind das finanzielle Rückgrat eures Verbandes.

Der 38. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 14. bis 20. September; der 39. für die Woche vom 21. bis 27. September. Der Zentralvorstand. J. W.: H. Schwarzmann.

## Aus den Ortsgruppen.

Guben. Unsere Ortsgruppe, deren Mitglieder in der Woll- und Haarentindustrie beschäftigt sind, hielt am 8. August eine Mitgliederversammlung ab, um zu den letzten Verhandlungen in unserer Branche Stellung zu nehmen. Zur Tagesordnung stand ferner ein Referat des Kollegen Böcker, Berlin, über die gegenwärtige Wirtschaftslage. Kollege Böcker gab auch den Bericht über die zentralen Lohnverhandlungen. Es erbrigt sich, hierüber nähere Mitteilungen zu machen, da die „Bekleidungs-gewerkschaft“ darüber schon in ihrer Nummer 13 berichtet hat.

In seinem Vortrag führte Kollege Böcker aus, daß die Londoner Konferenz für die deutsche Wirtschaft von größter Bedeutung ist. Das Schicksal des deutschen Volkes wird mehr oder weniger vom Verlauf der Konferenz abhängig sein. Die gegenwärtige Krise im Wirtschaftsleben könne nur behoben werden, wenn in London die Grundlage für eine ruhige und stetige Entwicklung der deutschen Wirtschaft geschaffen würde. Es sei mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß der deutschen Wirtschaft schwere Lasten auferlegt werden. Damit werden wir uns abzufinden haben, daß auch die Arbeiterschaft ihren Teil der Lasten auf sich nehmen muß. Es sei jedoch durch die gewerkschaftliche Organisation dafür zu sorgen, daß die Belastung der Arbeiterschaft nicht einseitig

und in einem Maße erfolge, daß dadurch die Existenzfähigkeit der Arbeitnehmer bedroht werde. Mehr denn je müsse die Forderung erhoben werden, in erster Linie die tragfähigsten Schultern zu belasten, wenn im Interesse des Volksganges solche Lasten getragen werden müssen.

Der Referent führte sodann weiter aus, daß der gewerkschaftlichen Organisation in der Zukunft schwere Aufgaben gestellt seien. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen würden voraussichtlich in der Zukunft manche harte Kämpfe mit sich bringen. Daneben seien auch noch manche Fragen des Arbeitsrechts und insbesondere auch des Schlichtungswesens und der Erwerbslosenfürsorge ungereselt. Die Arbeitszeit muß endgültig durch Gesetz geregelt werden. Alles Fragen, woran die Arbeiterschaft in stärkstem Maße interessiert ist.

Die Fragen werden nur dann im guten Sinne für die Arbeiterschaft gelöst werden, wenn eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist in erster Linie berufen, die Belange der Arbeitnehmer bei allen diesen wichtigen Fragen zu vertreten. Sie kann es aber nur dann, wenn sie nach außen stark und innerlich gefestigt ist. Mitzuarbeiten, dies Ziel zu erreichen, muß Aufgabe aller Mitglieder sein. Jeder muß nach seinem besten Können und mit ganzer Kraft sich einsetzen, um die Gewerkschaft für ihre schwere Aufgabe zu stärken und zu festigen.

Der Vortrag fand lebhafteste Zustimmung. Allgemein wurde der Wunsch laut, recht bald wieder einen solchen Vortragsabend abzuhalten. Es wurde sodann noch beschlossen, am 15. November unser Stiftungsfest abzuhalten und eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten treffen soll. Das Stiftungsfest soll vornehmlich dem Zwecke dienen, das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Mitgliedern zu wecken und die Kollegialität zu pflegen.

## Druckfehlerberichtigung.

Im Leitartikel der letzten Nummer unserer Zeitung sind einige fälschlicherweise Druckfehler stehen geblieben, die wir hiermit berichtigen. In der 3. Spalte, 3. Absatz, muß es heißen: „Bei der Mentalität des gegenwärtigen Arbeitgebers läßt sich ahnen, was das im Gefolge haben kann: Schwere Wirtschaftskämpfe. Sind nicht schon die letzten Kämpfe im Ruhrgebiet und anderswo Vorbildern.“ In der 4. Spalte, 3. Absatz, soll die 5. und 6. Zeile wie folgt lauten: „Er verläßt es mit einem Wanderer in nächster Nacht auf einem Hochrat.“

## Briefkasten.

Infolge Stoffandranges mußte die Veröffentlichung der Beschlüsse unserer Generalversammlung für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Unsere Ortsgruppenvorstände mögen auf Grund der Mitteilungen, die sie durch Rundschreiben erhielten, in den Versammlungen die Beschlüsse bekanntgeben und zur Besprechung stellen. Die nächsten Wochen müssen allerorts dazu dienen, die Beschlüsse in die Praxis umzusetzen. Insbesondere bitten wir, der Jugendfrage größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Zentralvorstand und Schriftleitung.

**Sterbetafel.**

†

Es starben unsere treuen Mitglieder:

Martin Kamm, B.-Baden,  
Frau Joh. Breuer, Crefeld,  
Emil Grünwald, Danzig.

Ehre ihrem Andenken!